

## 100 000 Berliner am Rathaus Schöneberg

Mit einem eindrucksvollen Bekenntnis der Bevölkerung Berlins zur Einheit Deutschlands haben die zahlreichen Gedenkfeiern und Kundgebungen aus Anlaß des 17. Juni 1953 auf dem John-F.-Kennedy-Platz ihren Höhepunkt und zugleich Abschluß gefunden. Vor 100 000 Berlinern stellte Bundespräsident Lübke fest, die Realität der Freiheitsliebe und des Zusammengehö-

rigkeitsgefühls würde auf die Dauer doch stärker sein als die angebliche Realität der Spaltung. Jeder Versuch, die Rechte der drei westlichen Schutzmächte oder die West-Berlins einzuschränken, gefährde den Frieden. Der Regierende Bürgermeister Brandt erklärte zum Vertrag zwischen Moskau und Pankow, Chruschtschow habe mit sich selbst Freundschaft geschlossen.

Vor dem Rathaus Schöneberg

drängten sich trotz des hochsommerlichen Wetters die Berliner, unter ihnen bemerkenswert viele Jugendliche. Der Bundespräsident wurde betont freundlich begrüßt. Er erhielt besonders viel Beifall, als er zu dem jüngsten Moskauer Vertrag mit Pankow sagte, Ulbricht habe nicht in Vollmacht der Deutschen gehandelt, die er zu vertreten vorgebe, sondern nur als ein Werkzeug der sowjetischen Deutschlandpolitik.



Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen ist stärker als jede Spaltung, erklärte Bundespräsident Lübke vor dem Rathaus.

## US-Außenminister Rusk zum 17. Juni

Der amerikanische Außenminister Rusk übermittelte am 15. Juni einer vom deutschen Generalkonsulat im Waldorf-Astoria-Hotel in New York veranstalteten Gedenkfeier zum 17. Juni eine Grußbotschaft. Darin heißt es: „Wir Amerikaner und in der Tat alle Menschen guten Willens vereinigen uns mit dem deutschen Volk,

indem wir einem freien und vereinigten Deutschland in einer freien und friedlichen Welt entgegensehen.“

Der 17. Juni, betonte Rusk, habe der Welt die Hingabe der Menschen in Ostdeutschland an die Ziele von Einheit und Freiheit für das deutsche Volk gezeigt.

Der republikanische Senator Keating teilte auf der Veranstaltung mit, er habe die amerikanische Regierung aufgefordert, mit der sowjetischen Regierung einen Vorschlag an die sowjetzonalen Behörden zu prüfen, die Gefahr von Grausamkeiten an der Grenze zu vermindern. Ein solcher Vorschlag solle auf der Genfer Abrüstungskonferenz erwogen werden.

# Botschaft Johnsons an Erhard zum 17. Juni

## Wiedervereinigung bleibt Ziel der US-Außenpolitik

Aus Anlaß des 17. Juni, des Tages der deutschen Einheit, hat der amerikanische Präsident Johnson in einer Botschaft an Bundeskanzler Erhard erneut bekräftigt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ein grundlegendes Ziel der amerikanischen Außenpolitik bleibe, weil es ohne die deutsche Wiedervereinigung keine wirkliche und dauerhafte Stabilität in Europa geben könne.

Präsident Johnson nimmt auf die Gespräche mit Bundeskanzler Erhard in Washington Bezug und erklärt: „Es ist ein grundlegendes Ziel der amerikanischen Außenpolitik, die unge-

rechte Teilung des deutschen Volkes beenden zu helfen, weil es sonst in Europa keine wirkliche und dauerhafte Stabilität geben kann. Der Tag der deutschen Einheit — der 17. Juni —

hat daher eine besondere Bedeutung gewonnen, da wir den Tag erhoffen, an dem die deutsche Einheit eine Realität werden wird.“

Die Botschaft Johnsons wurde dem Bundeskanzler vom amerikanischen Außenminister Rusk auf dem Flughafen von Washington bei der Abreise des Bundeskanzlers aus den USA überreicht und bekanntgegeben. Johnson schrieb Erhard weiter: „Ich denke daran, daß Sie in wenigen Tagen, am 17. Juni, in der Bundesrepublik den Tag der deutschen Einheit begehen werden. Im Augenblick, da Sie Washington verlassen, möchte ich Ihnen sagen, wie sehr ich auch diese kurze Gelegenheit, unsere Freundschaft zu erneuern, begrüßt habe. Unsere Gespräche über die Probleme, denen wir uns gegenübersehen, waren wie immer für mich äußerst wertvoll, und ich bin überzeugt, daß sie die festen Bande der Freundschaft und des Verständnisses zwischen unseren beiden Ländern weiter gestärkt haben.“

## Erhard dankt Präsident Johnson

Nach dem USA-Besuch:

„Vertrauen in eindrucksvoller Weise bestätigt“

Bundeskanzler Erhard hat am 15. Juni in einem Telegramm Präsident Johnson für seine Politik der festen Freundschaft zu Deutschland gedankt. „Ich betrachte es als eine glückliche Fügung, daß ich gerade in den Tagen bei Ihnen sein konnte, in denen versucht wurde, dem deutschen Volk Schwierigkeiten zu machen und Mißtrauen zu säen“, heißt es in dem Telegramm.

„Das ist nicht gelungen. Im Gegenteil haben unsere Gespräche in eindrucksvoller Weise bestätigt, wie groß das Vertrauen zwischen uns, unseren Regierungen und unseren Völkern ist, wie eng die Zusammenarbeit und wie unerschütterlich das Zusammenstehen. Ich kehre mit der Gewißheit nach Deutschland zurück, daß die Bande der Freundschaft noch enger und fester geworden sind. Dafür sage ich Ihnen im Namen des deutschen Volkes von Herzen meinen Dank.“

Ein Regierungssprecher betonte, daß jetzt die deutsche Frage in der Washingtoner Botschaftergruppe „in kontinuierlicher Weise weiter erörtert“ werden würde. Die Bundesregierung werde in der Deutschland-Frage weiter eine „kontinuierliche Politik mit der ständigen Bereitschaft zur Initiative“ verfolgen.

Im Deutschland - Uniondienst der CDU/CSU erklärte Pressesprecher Ackermann, das Gespräch habe der Koordinierung der gemeinsamen westlichen Politik, vor allem der Deutschland- und Berlin-Frage, gedient. Die deutsche Wiedervereinigung sei und bleibe aktiver Bestandteil der gemeinsamen westlichen Politik.

## Kennedys Berlin-Programm

Der amerikanische Justizminister Robert F. Kennedy wird am 26. Juni vor dem Rathaus Schöneberg an der Enthüllung einer Gedenktafel für seinen ermordeten Bruder teilnehmen. Der feierliche Akt wird in den späten Nachmittagsstunden stattfinden.

Nach dem bisher vorliegenden Berlin-Programm Kennedys wird er zusammen mit seiner Frau am Vormittag des gleichen Tages eine Schule und einen großen Betrieb im Norden Berlins besichtigen. In den frühen Nachmittagsstunden ist eine Pressekonferenz vorgesehen. Anschließend besichtigt der Justizminister amerikanische Truppenteile. Unmittelbar nach der Feierstunde vor dem Rathaus Schöneberg wird er im Auditorium maximum der Freien Universität sprechen. Am

27. Juni verläßt Kennedy in den frühen Morgenstunden wieder Berlin.

## Schreiben Erhards an Chruschtschow

Der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Groepper, hat mit Ministerpräsident Chruschtschow in einem Gespräch die Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Moskauer Abkommen zwischen der Sowjetzone und der Sowjetunion übermittelt. Der Standpunkt Bonn deckt sich mit dem der Westmächte. Groepper überreichte außerdem ein Schreiben von Bundeskanzler Erhard, das die Antwort auf ein von Botschafter Smirnow im März in Bonn überreichtes Schreiben Chruschtschows darstellt. Der deutsche Botschafter legte Chruschtschow ferner noch einmal den Standpunkt der Bundesrepublik hinsichtlich der Beziehungen zwischen Moskau und Bonn dar.

## Bonn will nicht lockerlassen

# Deutschland-Frage bleibt auf dem Tisch

Das Ergebnis der Besprechungen, die Bundeskanzler Erhard in Kanada und in den USA führte, wird in Bonn überwiegend als positiv bezeichnet. Vor allem wird hervorgehoben, daß es dem Kanzler gelungen sei, mit den Amerikanern eine ständige Koordinierung der Deutschland-Politik zu verabreden. Auch wenn in der deutschen Frage vorerst mit einer Initiative nicht zu rechnen sei, bleibe sie nach wie vor ein wichtiger Tagesordnungspunkt der Welt-politik.

Das Kommuniqué über die Gespräche des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten zeige eine „erfreuliche Übereinstimmung“ nicht nur in den Prinzipien, sondern auch in aktuellen Fragen der Deutschland-, Europa- und Weltpolitik, erklärte der amtierende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Barzel. Die deutsch-amerikanische Freundschaft sei ein bestimmender Faktor der Politik der freien Welt.

### Kein imaginäres Fernziel

Vor seinem Abflug in Washington hatte Erhard sich der internationalen Presse gestellt. Als ein Ergebnis seiner Unterredungen mit Johnson hob er hervor, daß die deutsche Wiedervereinigung nicht als ein imaginäres Fernziel angesehen werde. Die Botschafterlenkungsgruppe befasse sich gegenwärtig mit dem Deutschland-Plan der Bundesregierung. Die deutsche Frage stehe nicht als „Erinnerungsposten im Hauptbuch“.

### Johnson nächstes Jahr nach Deutschland?

Präsident Johnson wird wahrscheinlich im kommenden Jahr mit seiner Familie Europa besuchen und dabei auch nach Deutschland kommen. Als Journalisten bei einem Galadiner zu Ehren des Bundeskanzlers im Rosengarten des Weißen Hauses die Frau des Präsidenten fragten, ob ein Besuch in der Bundesrepublik geplant sei, antwortete sie: „In einem Jahr fahren wir alle.“

Sie werde vielmehr in permanenter Arbeit weiterbehandelt.

Der Moskauer „Freundschaftsvertrag“ ändert nach Erhards Meinung nichts an den Fakten oder an der Situation. Er wird die künftigen Gespräche über das Deutschland-Problem nicht berühren. In diesem Zusammen-

hang erklärte der Kanzler auf Befragen, daß hinsichtlich der Passierscheingespräche Pankow bisher nicht bereit gewesen sei, das westliche Entgegenkommen zu honorieren. Ein „permanentes Passierscheingespräch kann und darf nicht stattfinden“, meinte Erhard.



Zu derselben Stunde, in der Bundespräsident Lübke in Berlin am Mahmal für die Opfer des 17. Juni einen Kranz niederlegte, appellierte in Bonn Bundeskanzler Erhard an die Mächte der Welt, dem deutschen Volk endlich das Selbstbestimmungsrecht zu geben. An den Eingängen des Bundeshauses warteten bei Beginn der Feierstunde Hunderte vergeblich auf Einlaß. Der Plenarsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Afrikanische Diplomaten waren in ihren Nationaltrachten zu der Feier gekommen. Auch der ehemalige Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte neben Bundeskanzler Erhard Platz genommen.

## Offener Konflikt Rumäniens mit Krenl

**Bukarest: Die Sowjets wollen unsere Souveränität liquidieren**

Mit bisher beispielloser Schärfe hat die rumänische Regierung einen sowjetischen Plan abgelehnt, einige der rumänischen Schlüsselindustrien der völligen Kontrolle des „Bates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (COMECON) zu unterstellen. Dieser Plan sei ein „Anschlag auf die territoriale Integrität und ein Versuch zur Liquidierung des rumänischen Staates“, wurde in Bukarest erklärt.

Die in ihrer Heftigkeit sensationellen Vorwürfe Rumäniens wurden vor dem Datum des 12. Juni in der Zeitschrift „Vita Economica“ veröffentlicht, die von einflußreichen Akademie der Wissenschaften in Bukarest herausgegeben wird. In dem Artikel wird die Absicht der Sowjetunion, die umfangreichen Bodenschätze Rumäniens den übrigen Mitgliedsstaaten des COMECON nutzbar zu machen, rundweg abgelehnt. Es heißt: „Rumänien wird sich nie an irgendeiner supranationalen Form der Zusammenarbeit oder an einer ‚sozialistischen Integregation‘ beteiligen.“

„Eine Realisierung dieser Pläne käme der Liquidierung Rumäniens als Staat und des rumänischen Volkes als Nation unter dem Vorwand wirtschaftlicher Erfordernisse gleich“, schreibt die Zeitschrift. Sie prangert insbesondere den sowjetischen Plan an, Teile Rumäniens, Bulgariens und der Sowjetunion im Bereich der unteren Donau und des Schwarzen Meeres zu einem großen Industriekombinat unter COMECON-Kontrolle zusammenzufassen.

Dieser Plan war kürzlich von dem sowjetischen Akademieprofessor Walew veröffentlicht worden.

## „Brutale Einnischung“ Moskaus

**Albanien attackiert Sowjetpolitik beim Ungarnaufstand**

Eine neue scharfe Attacke Albaniens gegen den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow gipfelt in dem Vorwurf, Chruschtschow habe sich während des Volksaufstandes von 1956 „brutal in die inneren Angelegenheiten Ungarns eingemischt“. Um die stalinistische Führungsspitze der ungarischen KP zu stürzen, habe er die „kurzlebige Revolutionsregierung Imre Nagy und Konsorten“ unterstützt.

Diese mit Hilfe des jugoslawischen Präsidenten Tito betriebene antistalinistische Politik habe sich später jedoch als

„ein Stein erwiesen, der, gegen Stalin geschleudert, auf den Kopf Chruschtschows zurückfiel“.

Der sowjetische Regierungschef wird ferner beschuldigt, den Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsorganisation des Ostblocks, COMECON, Maßnahmen aufzuzwingen, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit dieser Länder beeinträchtigen.

## USA: Entscheidung fällt in Asien

**Rusk kündigt verstärkte Abwehr gegen Aggression an**

Als Prüfstein für die freie Welt bezeichnete der amerikanische Außenminister Rusk die Aufgabe, der kommunistischen Aggression in Laos und Südvietnam erfolgreich entgegenzutreten. Das sei notwendig, unterstrich er gestern vor dem Außenpolitischen Ausschuß in Washington, um umfangreichere Umsturzversuche in Asien, Afrika und Lateinamerika zu verhindern.

Rusk gab der festen Zuversicht Ausdruck, daß die Kommunisten an einer Machtüber-

## US-Kredite für Bukarest

Die amerikanische Export-Import-Bank wird Rumänien kurz- und mittelfristige Regierungskredite zur Finanzierung des rumänisch-amerikanischen Handels einräumen.

Präsident Johnson verband diese Mitteilung vor dem Kongreß mit dem Hinweis, daß diese Kredite im nationalen Interesse der USA lägen. Bisher war die Vergabe amerikanischer Kredite auf Getreidekäufe beschränkt.

## Konferenz mit Peking

Unter Ausschuß der Sowjetunion finden in Genf Wirtschaftsgespräche zwischen Vertretern der afro-asiatischen Staaten und Rotchina statt. An der Tagung, in der die Ergebnisse der Welthandelskonferenz — zu der Rotchina nicht eingeladen war — ausgewertet werden sollen, nehmen Delegierte aus über 60 Staaten teil. Rotchina wird von einer zwölfköpfigen Delegation vertreten, an deren Spitze der Minister für Außenhandel, Fang Ji, steht. Die Sowjetunion ist zu der Tagung mit dem Hinweis nicht eingeladen worden, sie sei weder ein afrikanischer noch ein asiatischer Staat.

## Rumänien will alle politischen Gefangenen in Kürze entlassen

Der stellvertretende Vorsitzende des rumänischen Ministerrates, Birladeanu, hat die Freilassung „praktisch aller politischen Häftlinge“ bis zum Spätsommer angekündigt.

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Otto Müller, 1 Berlin 42, Siegertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Richtshofen-Straße 2